

Rahmenvertrag

über die Bereitstellung eines VULA- Produktes

zwischen

htp GmbH, Mailänder Str. 2, 30539 Hannover

- nachfolgend „**htp**“ genannt -

und

xxx

- nachfolgend „**Kunde oder xxx**“ genannt –

– gemeinsam nachfolgend "**Vertragspartner**" genannt –

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
§1 Vertragsgegenstand	3
§2 Preise und Zahlungsbedingungen	4
§3 Bestellung von Einzelleistungen / Wiederverkauf	5
§4 Umfang der Nutzung / Verpflichtungen von Kunde	6
§5 Open Access	6
§6 Leistungsverhinderung bzw. Leistungsverweigerungsrechte von htp	6
§7 Grundsatz der Systemunabhängigkeit, Änderungsvorbehalte	8
§8 Entstörungs-/Servicedienste, Pflichten und Obliegenheiten von <i>Kunde</i>	10
§9 Service Level / Gewährleistung	11
§10 Haftung	11
§11 Aufrechnung und Zurückbehaltungsrechte	12
§12 Vertragslaufzeit und Kündigung	12
§13 Datenschutz und Fernmeldegeheimnis	14
§14 Vertraulichkeit	14
§15 Sonstige Regelungen und Schlussbestimmungen	15
§16 Vertragsbestandteile	16

Präambel

- (1) Nach Beschluss der Bundesnetzagentur („BNetzA“) im Verfahren zur Änderung der TAL-Regulierungsverfügung BK 3g-15/004 vom 01.09.2016 kann htp in 34 Nahbereichen das Übertragungsverfahren VDSL2-Vectoring H20 und darauf aufbauende weitere mit der Vectoring-Technik betriebene Übertragungsverfahren für sich und ihre Wholesalekunden nutzen.
- (2) Dieser Vertrag beschreibt die Rahmenbedingungen, unter denen *Kunde* den Zugang zum Virtual Unbundled Local Access (VULA-Produkt) von htp erhalten kann. *Kunde* nutzt einen nachgefragten und bereitgestellten Zugang hierbei als Vorleistungsnachfrager (Wholesale-Partner), um seinen eigenen Endkunden Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit (insb. Sprache, Daten, Medienverbreitung) anbieten zu können. Eine Zugangsnachfrage von *Kunde* für nicht-öffentliche Zwecke (z.B. kundeninterne Kommunikationsdienste) wird von diesem Rahmenvertrag ausgeschlossen, da die wegerechtliche Nutzungsberechtigung die Nutzung für einen öffentlichen Zweck voraussetzt.
- (3) Die Nachfrage von *Kunde* ist auf den jeweiligen Ausbaustand, die vorhandene Technik des NGA-Netzes von htp und geografisch auf die Nahbereiche beschränkt, in denen htp die sog. Vectoring- Technologie einsetzt. Es besteht weder ein Anspruch auf Erreichbarkeit aller Anschlüsse in einem bereits bestehenden Ausbaubereich, noch auf die Erweiterung des Ausbaubereiches, noch auf eine technische Veränderung des errichteten NGA-Netzes.

§1 Vertragsgegenstand

- (1) htp bietet *Kunde* die Möglichkeit, einen Datentransport zwischen dem kundeneigenen Netz und nachgefragten und bereitgestellten Teilnehmeranschlüssen im NGA-Netz von htp zu realisieren (nachfolgend auch „VULA“ bzw. „VULA-Zugang“ genannt). Der Austausch der Datenverkehre zwischen den Teilnehmeranschlüssen im NGA-Netz von htp und dem kundeneigenen Netz erfolgt über die vertraglich vereinbarten Übergabepunkte.
- (2) Die Übergabe der Datenverkehre erfolgt KVZ-nah am htp DSLAM-Gehäuse (h-DG), der Ortsvermittlungsstelle (OVST) oder dem ersten Konzentrationspunkt im Netz der htp. htp kann standardmäßig nur zwei Übergabeanschlüsse realisieren. Einzelheiten regelt die **Anlage B**.
- (3) Das von htp angebotene VULA-Produkt ist geografisch auf die Nahbereiche beschränkt, in denen htp die Vectoring-Technik einsetzt.
- (4) Für die Netzleistung werden Verfügbarkeitsparameter festgeschrieben. Ein Entstörungs- bzw. Servicekonzept sichert die Behebung von eventuellen Ausfällen von Netzkomponenten ab.

- (5) Näheres zu angebotenen VULA-Zugängen, Übergabepunkten, Datentransport, Verfügbarkeitsparameter und Entstörungs- und Servicekonzept regeln die Anlagen.
- (6) Nicht Gegenstand dieser Vereinbarung ist die Zuführung zum jeweiligen Übergabepunkt der htp. Diese ist durch *Kunde* selbst zu realisieren. Wünscht *Kunde* eine Zuführung zum Übergabepunkt durch die htp, so bedarf dies einer gesonderten Vereinbarung.

§2 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Es gelten die Preise gemäß der Preisliste **Anlage D**.
- (2) Jährliche Preise sind, beginnend mit dem Tag der betriebsfähigen Bereitstellung, für den Rest des Jahres anteilig nach Rechnungsstellung zu zahlen. Danach sind diese Preise jeweils jährlich nach Rechnungsstellung zu zahlen. Ist der Preis für Teile eines Kalenderjahres zu berechnen, so wird dieser für jeden Tag mit 1/365 des jährlichen Preises berechnet.
- (3) Monatliche Preise sind, beginnend mit dem Tag der betriebsfähigen Bereitstellung, für den Rest des Monats anteilig nach Rechnungsstellung zu zahlen. Danach sind die Preise monatlich im Nachhinein nach Rechnungsstellung zu zahlen. Ist der Preis für Teile eines Kalendermonats zu berechnen, so wird dieser für jeden Tag anteilig berechnet.
- (4) Sonstige Preise sind nach Erbringen der Leistung zu zahlen. Sie können gesondert in Rechnung gestellt werden.
- (5) Der Rechnungsbetrag ist unter jeweiliger Angabe der Rechnungsnummer und des Rechnungsdatums auf das in der Rechnung angegebene Konto von htp zu zahlen. Er muss spätestens 30 Tage nach Zugang der Rechnung gutgeschrieben sein. Der Verzug tritt spätestens 30 Kalendertage nach Fälligkeit und Zugang der Rechnung ein, sofern er nicht bereits mit einer Mahnung oder kraft Gesetzes begründet wurde.
- (6) Kommt *Kunde* mit Zahlungen in Verzug, so werden Verzugszinsen in Höhe von neun Prozentpunkten über dem im Verzugszeitraum geltenden Basiszinssatz gem. § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) fällig.
- (7) Einwendungen gegen die in Rechnung gestellten Beträge sind nach Zugang der Rechnung schriftlich zu erheben. Einwendungen müssen innerhalb von drei Monaten ab Zugang der Rechnung eingegangen sein. Die Unterlassung rechtzeitiger Einwendungen gilt als Genehmigung. htp wird in den Rechnungen auf die Folgen einer unterlassenen rechtzeitigen Einwendung besonders hinweisen. Gesetzliche Ansprüche von Kunde bei Einwendungen nach Fristablauf bleiben unberührt.

- (8) Soweit die gemäß Preisliste vereinbarten Entgelte künftig durch behördliche oder gerichtliche Entscheidung einer ex-ante Regulierung unterworfen werden, hat *Kunde* die jeweils genehmigten, vorläufig genehmigten, teilgenehmigten oder angeordneten Entgelte jeweils für die Dauer der Rechtswirksamkeit der erteilten Genehmigung oder Anordnung zu zahlen. Die jeweils genehmigten und angeordneten Entgelte werden von der BNetzA in ihrem Amtsblatt veröffentlicht.

htp behält sich in diesem Fall das Recht vor, neue Entgelte zu beantragen und gegen die jeweilige Entgeltgenehmigung oder Anordnung gerichtlich vorzugehen, mit dem Ziel, die beantragten Entgelte ganz oder teilweise rückwirkend durchzusetzen.

Endet für ein Entgelt eine etwaige künftige ex-ante Regulierung so gelten ab Ende der Entgeltgenehmigung die in der Preisliste vereinbarten Entgelte fort.

Wird ein Entgelt, das keiner oder einer ex-ante Regulierung unterworfen war, durch behördliche oder gerichtliche Entscheidung der ex-post Regulierung unterworfen, werden die Vertragspartner innerhalb der durch die Regulierungsentscheidung gesetzten Frist eine geänderte Preisliste vereinbaren. Kommt es innerhalb der gesetzten Frist zu keiner Einigung, ist htp berechtigt, die Preise nach billigem Ermessen zu bestimmen.

§3 Bestellung von Einzelleistungen / Wiederverkauf

- (1) *Kunde* kann im Rahmen des bestehenden NGA-Netzes von htp ein VULA-Produkt zwischen einem NGA-Teilnehmeranschluss und dem Übergabepunkt zum kundeneigenen Netz auf der Grundlage der Regelungen des Rahmenvertrages als Einzelleistung bestellen. Grundlage für eine Bestellung ist, dass *Kunde* mit dem Teilnehmer einen Endkundenauftrag oder einen Endkundenvertrag über entsprechende Telekommunikationsdienstleistungen unter Verwendung des nachgefragten VULA-Produktes vereinbart hat und htp technisch und betrieblich die nachgefragte Leistung bereitstellen kann. Einzelheiten der Beauftragung regelt die **Anlage E**.
- (2) Die Beauftragungen und Administrierungen dieser Einzelleistungen werden im Wege des Faxverfahrens erfolgen. Für die Bestellung, Produktwechsel und Kündigung einer Einzelleistung ist grundsätzlich ausreichend, dass eine Kommunikation zwischen den Vertragspartnern entsprechend den Prozessvereinbarungen dieses Rahmenvertrages einschließlich seiner Anlagen erfolgt.
- (3) *Kunde* ist mit Zustimmung von htp berechtigt, ein VULA-Produkt als solches an Wiederverkäufer zu vermarkten. Die Zustimmung darf nur aus sachlichen Gründen verweigert werden. Unabhängig von der Zustimmung kann *Kunde* die eigenen Endkundenprodukte über Vertriebspartner vermarkten.

§4 Umfang der Nutzung / Verpflichtungen von Kunde

- (1) *Kunde* ist berechtigt, die nachgefragten und bereitgestellten VULA-Produkte entsprechend den Nutzungsbedingungen gem. **Anlage B** zu nutzen.
- (2) *Kunde* hat über vertretbare technische Maßnahmen sicherzustellen, dass seine eigenen Endkunden die Bedingungen für eine vertragsgemäße Nutzung von VULA-Produkten erfüllen. Er gibt insbesondere entsprechende vertragliche Verpflichtungen an seine Endkunden weiter.
- (3) *htp* bleibt von sämtlichen Pflichten, die aus dem Rechtsverhältnis von *Kunde* zu seinen Endkunden resultieren, unberührt. *Kunde* hat daher sicherzustellen, dass von ihm sämtliche Verpflichtungen gegenüber den Endkunden von *Kunde* übernommen werden.
- (4) *Kunde* unterbindet eine missbräuchliche Nutzung der Leistungen (z.B. rechtswidrige Verstöße gegen StGB, UrhG, TKG) durch geeignete technische Vorkehrungen und vertragliche Regelungen mit seinen Endkunden.
- (5) *Kunde* stellt *htp* von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die auf einer vertragswidrigen Nutzung VULA-Produkten oder vertragswidrigen Eingriffen in die IP-Plattform der *htp* beruhen, die *Kunde* zu vertreten hat. *Kunde* ersetzt *htp* ferner alle Aufwendungen, die ihr auf Grund einer Inanspruchnahme durch Dritte auf Grund von gesetzlichen Verpflichtungen (z. B. Auskunftersuchen von öffentlichen Stellen, Inanspruchnahme durch Verwertungsgesellschaften) entstanden sind, soweit diese wegen einer geltend gemachten missbräuchlichen Nutzung durch den Endkunden des *Kunden* bestehen.
- (6) Arbeiten am NGA-Netz von *htp*, bereitgestellten Datenübertragungs- und Infrastruktureinrichtungen dürfen ausschließlich von *htp* oder von *htp*-Beauftragten durchgeführt werden. Ausgenommen hiervon sind die Arbeiten beim Endkunden im Rahmen der Bereitstellung und Störungsbeseitigung außerhalb des *htp* NGA-Netzes.

§5 Open Access

Kunde erkennt an, dass ihm die vertragsgegenständlichen Leistungen von *htp* auf nicht-exklusiver Grundlage zur Verfügung gestellt werden. *htp* ist berechtigt, die vertragsgegenständlichen Leistungen auch an andere Vorleistungsnachfrager im Rahmen eines verhandelten Zugangs anzubieten, sofern dies technisch realisierbar ist.

§6 Leistungsverhinderung bzw. Leistungsverweigerungsrechte von htp

- (1) *htp* ist berechtigt, die vertragsgegenständlichen Leistungen vorübergehend einzustellen, insbesondere den VULA-Datenverkehr in ihren Telekommunikationsnetzen zu unterbrechen, oder in ihrer Dauer zu begrenzen, soweit dies aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder zur Vermeidung von wesentlichen Störungen ihrer

Netze erforderlich ist. htp ist zur Einstellung ihrer Leistungen auch berechtigt, wenn und solange die Maßnahmen zur Erfüllung grundlegender Anforderungen nicht erfüllt werden. htp wird *Kunde* über die beabsichtigte Einstellung von Leistungen umgehend informieren. Geplante Außerbetriebnahmen werden *Kunde* mindestens zwei Wochen vorher angekündigt. htp wird im Rahmen ihrer rechtlichen und betrieblichen Möglichkeiten, jede Unterbrechung, Betriebsunfähigkeit oder sonstige technische Störung unverzüglich beheben. Einzelheiten hierzu sind in der **Anlage F „SLA“** geregelt.

- (2) htp ist berechtigt, die vertragsgegenständlichen Leistungen einzustellen, soweit technische Gründe (z.B. Wegfall der Schaltbarkeit des VULA-Produkts) oder betriebliche Gründe (z.B. Kündigung eines Nutzungsvertrages zur Grundstücksnutzung nach § 45a TKG durch den Grundstückseigentümer) dies im Einzelfall zwingend bedingen. htp wird *Kunde* hierüber unverzüglich informieren. Auf Wunsch von *Kunde* wird htp die entsprechenden Gründe nachweisen.
- (3) In Fällen der höheren Gewalt ist htp für die Dauer des Ereignisses und bis zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft von ihren vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Einhaltung von Bereitstellungsfristen, Entstörungsfristen, Verfügbarkeiten) freigestellt, soweit diese Verpflichtungen aufgrund der höheren Gewalt nicht erfüllt werden können. Als Fälle höherer Gewalt gelten insbesondere Arbeitskampfmaßnahmen, Unterbrechungen der öffentlichen Stromversorgung von mehr als 4 Stunden, behördliche Maßnahmen und ähnliche Umstände, soweit sie von htp nicht zu vertreten sind. htp wird dies *Kunde* unverzüglich, und soweit möglich, mit der Angabe der voraussichtlichen Dauer der Beeinträchtigung aufgrund der höheren Gewalt, mitteilen. Nach dem Ablauf der Phase zur Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft wird htp die Durchführung dieses Vertrages unverzüglich wieder aufnehmen. Die Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft wird htp diskriminierungsfrei durchführen.
- (4) htp ist berechtigt, die Erbringung ihrer Leistungen ganz oder teilweise vorübergehend zu verweigern, wenn
 - (a) *Kunde* die ihm obliegenden Pflichten erheblich oder nachhaltig verletzt und er dieses vertragswidrige Verhalten trotz Abmahnung wiederholt bzw. er dieses trotz Abmahnung nicht abstellt. In diesem Fall kann htp einzelne VULA-Leistungen vorübergehend solange einstellen, wie *Kunde* den pflichtwidrigen Zustand aufrechterhält.
 - (b) *Kunde* sich mit der Zahlung der geschuldeten Vergütung für zwei Monate oder einem längeren Zeitraum mit einem Betrag, welcher der geschuldeten Vergütung für die letzten beiden Monate entspricht, länger als zwei Monate in Zahlungsverzug befindet. In diesem Fall kann htp die Leistung insgesamt vorübergehend einstellen.

§7 Grundsatz der Systemunabhängigkeit, Änderungsvorbehalte

- (1) htp ist in der Gestaltung und Optimierung ihrer eigenen Telekommunikationsnetze frei (Grundsatz der Systemunabhängigkeit). Die Verbindlichkeit von Vereinbarungen und Absprachen aufgrund und gemäß den einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages bleibt hiervon unberührt.
- (2) htp kann Anpassungen oder Ergänzungen der Vertragsbestimmungen vornehmen, soweit dies zur Beseitigung von Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages auf Grund von nach Vertragsschluss entstandenen Regelungslücken oder zur Beseitigung von Widersprüchen erforderlich ist. Dies ist dann der Fall, wenn Änderungen der Umstände auf Grund von Vorgaben der BNetzA, von Gesetzesentwicklungen oder sonstigen Änderungen von Rechtsvorschriften oder von Verwaltungs- oder Gerichtsentscheidungen eintreten und eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrags hiervon betroffen sind.
- (3) Beabsichtigte Änderungen der Vertragsbestimmungen i.S.v. § 7 (2) teilt die htp *Kunde* schriftlich mit.
- (4) Sofern und soweit die gemäß Preisverzeichnis vereinbarten Entgelte künftig durch behördliche oder gerichtliche Entscheidung einer ex-ante Regulierung unterworfen oder anderweitig durch behördliche oder gerichtliche Entscheidung festgesetzt werden, hat der Kunde die jeweils genehmigten, vorläufig genehmigten, teilgenehmigten oder angeordneten Entgelte jeweils für die Dauer der Rechtswirksamkeit der erteilten Genehmigung oder Anordnung zu zahlen.

htp behält sich in diesem Fall das Recht vor, neue Entgelte zu beantragen und / oder gegen die jeweilige Entgeltgenehmigung oder Anordnung gerichtlich vorzugehen, mit dem Ziel, die beantragten bzw. die vereinbarten Entgelte ganz oder teilweise rückwirkend durchzusetzen.

Endet für ein Entgelt eine etwaige künftige ex-ante Regulierung oder sonstige Anordnung, so gelten ab Ende der Entgeltgenehmigung die im Preisverzeichnis vereinbarten Entgelte fort.

Wird ein Entgelt, das keiner oder einer ex-ante Regulierung unterworfen war, durch behördliche oder gerichtliche Entscheidung der ex-post Regulierung unterworfen und wird durch behördliche oder gerichtliche Entscheidung festgestellt, dass die von htp geforderten Preise missbräuchlich i.S.d. TKG sind, werden die Vertragspartner innerhalb der durch die Regulierungsentscheidung gesetzten Frist ein geändertes Preisverzeichnis vereinbaren, um die Entscheidung umzusetzen. Kommt es innerhalb der gesetzten Frist zu keiner Einigung, ist htp berechtigt, die Preise nach billigem Ermessen zur Umsetzung der Entscheidung zu bestimmen.

htp wird Kunde über alle Änderungen informieren und schriftlich auf die Entgeltänderung hinweisen.

- (5) htp kann Anpassungen oder Ergänzungen der Vertragsbestimmungen vornehmen, sofern und soweit htp mit Telekom Deutschland GmbH einen neuen TAL-Standardvertrag abschließen muss, gleich aus welchem Grund, und die neuen

Vertragsregelungen sich auch auf die in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen (insbesondere die TAL und die In-Haus-Leitungen) auswirken und eine Änderung dieser Vertragsbestimmung zur Umsetzung des TAL- Standardvertrages erforderlich machen. Beabsichtigte Änderungen der Vertragsbestimmungen teilt htp *Kunde* schriftlich mit.

- (6) Im Übrigen bedürfen Änderungen der Vertragsbestimmungen der Zustimmung des Kunden, d.h. solche Änderungen werden nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch *Kunde* wirksam.
- (7) *Kunde* darf die Zustimmung nicht verweigern, wenn ihm die jeweilige Änderungsmaßnahme zumutbar ist. Zumutbar im vorgenannten Sinne sind *Kunde* nur Änderungen, durch die der wesentliche Inhalt der Leistungspflicht nicht beeinträchtigt wird.
- (8) Zumutbar ist dem Kunden daher insbesondere, wenn eine Änderung der Leistungsbeschreibung aus triftigem Grund erforderlich ist, die *Kunde* hierdurch gegenüber der bei Vertragsschluss einbezogenen Leistungsbeschreibung objektiv nicht schlechter gestellt (z.B. Beibehaltung oder Verbesserung von Funktionalitäten) und von dieser nicht deutlich abgewichen wird. Ein triftiger Grund liegt vor, wenn es technische Neuerungen auf dem Markt für die geschuldeten Leistungen gibt oder wenn Dritte, von denen die htp zur Erbringung ihrer Leistungen notwendige Vorleistungen bezieht, ihr Leistungsangebot ändern.
- (9) Bei zumutbaren Änderungen hat *Kunde* die an ihren technischen Einrichtungen ggf. notwendig werdenden technischen Anpassungen auf eigene Kosten vorzunehmen.
- (10) Beabsichtigte Änderungen der Vertragsbestimmungen und der Leistungsbeschreibungen i.S.v. § 7 (4) teilt die htp *Kunde* schriftlich mit. *Kunde* erteilt der htp innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Änderungswunsches schriftlich Antwort. Nach Verstreichen der Frist gilt die Zustimmung von *Kunde* als verweigert.
- (11) Bei Verweigerung der Zustimmung trotz zumutbaren Änderungswunsches oder bei missbräuchlicher Verweigerung der Zustimmung kann die htp den Vertrag abweichend von § 12 mit einer Frist von sechs Monaten, frühestens jedoch mit Wirkung zum Zeitpunkt der tatsächlichen Umsetzung der Änderungsmaßnahme, kündigen.
- (12) Durch eine Veränderung in den Telekommunikationsnetzen von htp entstehen *Kunde* zusätzliche Leistungs-, insbesondere Zahlungspflichten gegenüber htp nur, soweit *Kunde* solchen Pflichten vorher ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat.

§8 Entstörungs-/Servicedienste, Pflichten und Obliegenheiten von *Kunde*

- (1) *Kunde* zahlt fristgerecht die vereinbarten Preise; er zahlt auch die Preise, die durch befugte oder unbefugte Nutzung der VULA-Produkte durch Dritte entstanden sind, wenn und soweit er diese Nutzung zu vertreten hat.
- (2) *Kunde* hat die Kosten für Entstörungs- und/oder Servicedienste zu übernehmen, sofern sie nicht durch Mängel veranlasst sind zu deren Beseitigung htp verpflichtet ist. Für diese von *Kunde* gesondert zu beauftragenden Entstörungs- und/oder Servicedienste von htp gelten ergänzend zu den sonstigen Regelungen des Rahmenvertrages die Geschäftsbedingungen der htp für Serviceleistungen (GB Serviceleistungen – siehe Ziff. 6 der **Anlage D**.
- (3) Vor Versand einer Störungsmeldung an htp überprüft *Kunde* soweit möglich, ob die Ursache der Störung im eigenen Verantwortungsbereich, im Verantwortungsbereich eines Vertriebspartners oder dem Verantwortungsbereich eines Endkunden liegt und gibt in diesem Fall keine Störungsmeldung ab.
- (4) Stellt sich während einer von *Kunde* gewünschten Überprüfung heraus, dass die Leistungen ordnungsgemäß erbracht sind und ein Mangel nicht vorliegt, so trägt *Kunde* die Kosten für den vergeblichen Einsatz.
- (5) *Kunde* hat für die Vertragsdauer der jeweiligen Einzelleistungen die Obliegenheit, dass Räumlichkeiten und Einrichtungen am jeweiligen Endpunkt in der Wohnung des Endkunden insoweit genutzt werden können, soweit dies zur Erbringung der vertragsgemäßen Leistungen durch htp erforderlich ist. *Kunde* stellt die zur Vertragserfüllung erforderlichen Unterlagen, Informationen und Daten aus ihrem Bereich zur Verfügung. *Kunde* hat die Obliegenheit, dass Stromversorgung und Erdung der überlassenen Einrichtungen vorhanden sind. Für den Fall, dass *Kunde* aufgrund Weigerung des Endkunden diese Möglichkeit htp nicht einräumen kann, ist htp zur Erbringung der Leistung nicht verpflichtet, soweit die nicht erbrachte Einräumung der Möglichkeit für die Leistung der htp erforderlich ist.
- (6) Bei nicht vertragsgemäßer Erfüllung ihrer in diesem Vertrag geregelten Obliegenheiten durch *Kunde* wird htp diese unverzüglich schriftlich, per E-Mail oder per Orderschnittstelle rügen. Die htp ist für die Dauer der Obliegenheitsverletzung und eine angemessene Wiederanlaufzeit insoweit von jenen Leistungspflichten gegenüber *Kunde* befreit, als diese von der Erfüllung der Obliegenheit abhängen. Diese Freistellung gilt nicht, soweit die htp ihre Rügepflicht gemäß Satz 1 verletzt hat und soweit bei vertragsgemäßer Rüge die Obliegenheitsverletzung entfallen wäre.
- (7) htp ist - insbesondere zur Störungsbeseitigung - ein Zutritt zu den Räumlichkeiten und eine Prüfung der überlassenen Einrichtungen zu gewähren. Gewährt *Kunde* bzw. deren Endkunde keinen Zutritt oder ist er in angemessener Frist nicht erreichbar, ist htp berechtigt, sofern von dem betroffenen Anschluss eine Gefahr für Dritte ausgeht, den betroffenen Anschluss vom Netz zu trennen bzw. die Datenübertragung über den Übergabepunkt zum kundeneigenen Netz zu unterbrechen, bis die Störungsursache beseitigt ist. Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben unberührt.

- (8) Die überlassenen Einrichtungen sind vor Beeinflussung durch elektrische Fremdspannung und/oder magnetische Wirkungen zu bewahren. An die überlassenen Einrichtungen dürfen keine Einrichtungen angeschlossen werden, deren Verwendung in öffentlichen Telekommunikationsnetzen in der Bundesrepublik Deutschland unzulässig ist.
- (9) Bei auftretenden technischen Schwierigkeiten im Rahmen der Entstörungs- und Servicedienste unterstützt *Kunde* htp bei der Entwicklung von Lösungen bereitwillig und trägt alles von seiner Seite aus Mögliche zur Problembeseitigung bei.

§9 Service Level / Gewährleistung

- (1) htp gewährleistet die Funktionsfähigkeit der bereitgestellten VULA- Anschlüsse in dem in der Anlage **B** und **Anlage C** beschriebenen Umfang. Als „zugesicherte Eigenschaften“ bzw. „garantierte Beschaffenheiten“ gelten nur solche Eigenschaften/ Beschaffenheiten, die ausdrücklich schriftlich als solche durch htp gekennzeichnet sind.
- (2) Leistungsstörungen beseitigt htp nach den in der **Anlage F** („Service Level Agreement“) enthaltenen Vorgaben zur Entstörung. Gewährleistungsansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche bestehen nur nach Maßgabe der Haftungsregelungen dieses Vertrages.

§10 Haftung

- (1) Bei Vorsatz und bei Verletzung einer Garantieverpflichtung haften die Vertragspartner untereinander unbeschränkt. Für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit haften die Vertragspartner auch bei leichter Fahrlässigkeit untereinander unbeschränkt.
- (2) Soweit ein nicht vorsätzliches, schuldhaftes Verhalten von htp oder *Kunde* dazu führt, dass von *Kunde* Vermögensschäden von seinen Endkunden oder htp Vermögensschäden von ihren Endkunden zu ersetzen sind und deshalb ein Anspruch von *Kunde* gegenüber htp oder htp gegenüber *Kunde* besteht, so gelten für diesen Anspruch folgende Haftungsbegrenzungen (§ 44a TKG):
 - (a) Die Haftung von htp oder *Kunde* ist auf höchstens 12.500.- EUR je Endkunde begrenzt.
 - (b) Entsteht die Schadensersatzpflicht durch eine einheitliche Handlung oder ein einheitliches Schaden verursachendes Ereignis, welches mehrere Endkunden betrifft, so ist die Schadensersatzpflicht von htp unbeschadet der Begrenzung gem. Buchst. a) in der Summe auf höchstens 10 Millionen EUR begrenzt. Ebenso ist die Schadensersatzpflicht von *Kunde* begrenzt. Hierbei wird die Gesamtheit aller von demselben Schadensereignis betroffenen Endkunden betrachtet, ungeachtet dessen, von welchem Anbieter diese ihre Leistung beziehen und um welche Leistung der htp es sich handelt.

- (c) Übersteigen die Entschädigungen, die mehreren Endkunden auf Grund desselben Ereignisses zu leisten sind, die Höchstgrenze, so wird der Schadensersatz in dem Verhältnis gekürzt, in dem die Summe aller Schadensersatzansprüche von allen Endkunden zur Höchstgrenze steht.

Den vorstehenden Absatz haben die Vertragspartner auf der Basis des zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen TKG vereinbart. Für den Fall, dass die genannte TKG-Regelung geändert wird, werden die Vertragspartner eine der Änderung entsprechende Anpassung der hier vereinbarten Haftungsregelung vornehmen.

- (3) Die Haftung der Vertragspartner für andere als die in § 10 (2) bezeichneten Schäden, die durch die fahrlässige Verletzung von wesentlichen Vertragspflichten, die die Erreichung des Vertragszwecks gefährden, entstanden sind, ist auf den vertragstypischen vorhersehbaren Schaden begrenzt; dies gilt auch für entgangenen Gewinn und ausgebliebene Einsparungen. Bei fahrlässiger Verletzung von Vertragspflichten, die die Erreichung des Vertragszwecks nicht gefährden, ist die Haftung für andere als die in § 10 (2) bezeichneten Schäden ausgeschlossen. Die Haftungsbeschränkung nach S. 1 und der Haftungsausschluss nach S. 2 dieses Absatzes gelten nicht für grobe Fahrlässigkeit und nicht für Schäden, die einer unbeschränkten Haftung unterfallen.
- (4) Die Haftung nach den Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleibt unberührt.

§11 Aufrechnung und Zurückbehaltungsrechte

- (1) Gegen Ansprüche der htp kann *Kunde* nur mit unbestrittenen, rechtskräftig festgestellten oder von htp anerkannten Ansprüchen aus diesem Vertragsverhältnis aufrechnen.
- (2) Die Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten ist ausgeschlossen, soweit es sich nicht um Gegenansprüche von *Kunde* aus diesem Vertragsverhältnis handelt.

§12 Vertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Der Rahmenvertrag tritt mit seiner Unterzeichnung durch beide Vertragspartner in Kraft und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er ist für htp und *Kunde* jederzeit mit einer Frist von sechs Monaten zum Monatsende, erstmals jedoch zum **xx.xx.20xx** (Mindestvertragslaufzeit) schriftlich kündbar.
- (2) Eine Kündigung des Rahmenvertrages hat keine Auswirkung auf die Einzelleistungen, die auf Basis dieses Rahmenvertrages abgeschlossen wurden. Diese werden bis zum Ablauf der Kündigungsfrist der Einzelleistungen nach den Bedingungen des Rahmenvertrages weitergeführt. Die Kündigung des Rahmenvertrages wird nach Ablauf der Kündigungsfristen der Einzelleistungen wirksam.

- (3) Die Einzelleistungen sind jederzeit mit einer Frist von 30 Tagen zum Ende eines Monats kündbar. Der jeweilige Bereitstellungstermin wird als Beginn der Mietzeit vereinbart.
- (4) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Rahmenvertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein Recht zur außerordentlichen und gleichzeitig fristlosen Kündigung liegt insbesondere dann vor, wenn
 - (a) *Kunde* für zwei aufeinanderfolgende Monate mit der Bezahlung der Preise oder in einem länger als zwei Monate dauernden Zeitraum mit einem Betrag, der der durchschnittlich geschuldeten Vergütung für zwei Monate entspricht, in Verzug kommt.
 - (b) *Kunde* eine wesentliche Bestimmung dieses Vertrages ("Kardinalpflicht") verletzt und trotz schriftlicher Mahnung innerhalb einer Woche nach Zugang dieser Mahnung keine geeigneten Maßnahmen trifft, um diese Vertragsverletzung unverzüglich zu beheben. Eine Abmahnung ist bei grob vertragswidrigem Verhalten entbehrlich.
 - (c) *Kunde* innerhalb von zwei Jahren weniger als 10% der Ports, die ihm überlassen worden sind, mit der Anschaltung von TAL's belegt.

Vor Ausübung dieses Kündigungsrechts im Fall der lit. (a) wird die *htp Kunde* aber unter ausdrücklichem Hinweis auf die beabsichtigte außerordentliche Kündigung letztmalig zur Zahlung binnen fünf Kalendertagen auffordern.

- (5) Bei einer außerordentlichen Kündigung des Rahmenvertrages sind alle Einzelleistungen zum Zeitpunkt dieser Kündigung mitgekündigt. Bei einer außerordentlichen Kündigung durch *htp* finden die nachfolgenden Regelungen Anwendung:
 - (a) Für die bereits erfolgten funktionsmäßigen Bereitstellungen haftet *Kunde* nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz wegen Pflichtverletzung.
 - (b) Für die bestellten aber noch nicht funktionsfähigen Bereitstellungen leistet *Kunde* eine Zahlung i.H.v. 50 % der Bereitstellungspreise, die von *Kunde* zu zahlen gewesen wäre, es sei denn, *Kunde* hat den wichtigen Grund nicht zu vertreten. Der Betrag wird verringert, wenn *Kunde* einen geringeren Schaden nachweist.

§13 Datenschutz und Fernmeldegeheimnis

Die Vertragspartner werden die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung beachten und insbesondere beim Umgang mit personenbezogenen Daten, einschließlich des Fernmeldegeheimnisses, die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen einhalten. Die vom jeweils anderen Vertragspartner übermittelten Daten werden gelöscht, soweit ihre Speicherung für Zwecke dieses Vertrages nicht mehr erforderlich ist oder ihre Löschung aufgrund von datenschutzrechtlichen Bestimmungen oder sonstigen Rechtsvorschriften notwendig ist.

Kunde hat die Anforderungen an die von ihm erbrachten Dienste gemäß den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften („lawful interception“) selbst zu erbringen.

§14 Vertraulichkeit

- (1) Die Vertragspartner behandeln geschäftliche und betriebliche Erkenntnisse und Informationen, die ihnen anlässlich der Vertragsanbahnung oder der Vertragserfüllung bekannt geworden sind und bekannt werden, vertraulich und bewahren hierüber Stillschweigen gegenüber Dritten. Als vertraulich gelten alle Informationen, es sei denn sie wurden ausdrücklich als nicht vertraulich bezeichnet. Die Vertragspartner behandeln insbesondere alle ihnen überlassenen vertraulichen Informationen geheim und treffen alle erforderlichen Vorkehrungen, um die Geheimhaltung sicherzustellen. Die Vertragspartner werden diese Informationen ausschließlich im Rahmen der in diesem Vertrag geregelten Zusammenarbeit verwenden.
- (2) Die Vertraulichkeitsverpflichtung gilt nicht für Informationen, welche zum Zeitpunkt der Überlassung ohne Verpflichtung
 - (a) zur Geheimhaltung bereits bekannt waren oder
 - (b) welche zu dem vorstehend genannten Zeitpunkt bereits veröffentlicht sind oder später, ohne dass dies auf eine rechts- oder vertragswidrige Handlung des Informationsempfängers zurückzuführen ist, durch Dritte veröffentlicht werden oder
 - (c) welche rechtmäßig von dritter Seite ohne Verpflichtung zur Geheimhaltung erhalten wurden oder
 - (d) welche durch schriftliche Erklärung beider Vertragsparteien ausdrücklich freigegeben wurden oder
 - (e) welche auf Grund gesetzlicher Informationspflichten oder gerichtlicher Anordnung preisgegeben sind.
- (3) Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit bleibt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses für weitere drei Jahre bestehen.
- (4) Bei verbundenen Unternehmen i.S.d. § 15 AktG handelt es sich nicht um Dritte im Sinne dieser Vertraulichkeitsvereinbarung.

§15 Sonstige Regelungen und Schlussbestimmungen

- (1) Abweichungen von diesen Vertragsbestimmungen bedürfen der Schriftform. Auch eine Aufhebung dieses Schriftangebotes ist nur schriftlich möglich.
- (2) Die Einbeziehung und Anwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen von *Kunde* wird ausgeschlossen.
- (3) Die Parteien sind berechtigt, Dritte mit der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag zu beauftragen. § 3 Abs. 3 bleibt hiervon unberührt.
- (4) Die Abtretung von Rechten an Dritte bedarf der vorherigen Zustimmung des Vertragspartners, welche nicht unbillig verweigert werden darf. Als Dritte im Rahmen dieser Regelung gelten nicht die mit dem betroffenen Vertragspartner im Sinne der §§ 15 ff. Aktiengesetz verbundenen Unternehmen.
- (5) Arbeitstage im Sinne dieses Vertrages sind Wochentage von Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage.
- (6) Hannover ist Erfüllungsort und Gerichtsstand. Für die vertraglichen Beziehungen gilt deutsches Recht. Die Anwendung des UN-Kaufrechts wird ausgeschlossen.
- (7) Sollten eine oder mehrere Regelungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung werden die Vertragspartner eine Regelung treffen, die dem gewollten rechtlichen Ergebnis und dem angestrebten wirtschaftlichen Erfolg am nächsten kommt. Vertragslücken sind im Wege ergänzender Vertragsauslegung so auszufüllen, wie dies redliche Vertragspartner bei Vertragsabschluss vereinbart hätten, sofern Ihnen die Regelungsbedürftigkeit bekannt gewesen wäre.

§16 Vertragsbestandteile

(1) Der Vertrag besteht aus folgenden Teilen:

- Rahmenvertrag
- Anlage A - Projektphasen und Aufgabenbeschreibung
- Anlage B - Leistungsbeschreibung
- Anlage C - Technisches Konzept
- Anlage D - Preisliste
- Anlage E - Betriebskonzept
- Anlage F - Service Level Agreement
- Anlage G - Ansprechpartner

(2) Die Anlagen sind Vertragsbestandteil. Die spezielleren Regelungen in den Anlagen gehen im Zweifel den Regelungen des Rahmenvertrages vor

Ort, Datum

Ort, Datum

xxx

htp GmbH

xxx

htp GmbH